

im wahrsten Sinne des Wortes ein Wort hält, wurde im Netz ebenso parodiert<sup>f<sup>34</sup></sup> wie die Plakatmotive der FDP.<sup>f<sup>35</sup></sup> Ernst gemeint hingegen war der Tumblr der Piratenpartei, die ihre politische Programmatik aber in witzigen Motiven verpackte.<sup>f<sup>36</sup></sup>

Einen maßgeblichen Anteil am satirischen Charakter des Wahlkampfes im Netz hatte nicht zuletzt die Partei des ehemaligen „Titanic“-Chefredakteurs Martin Sonnenborn – „Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative“, kurz „Die PARTEI“. Sie erregte mit satirischen Antworten im Wahl-O-Mat, mit einem Wahlwerbespot zur Familienpolitik, der aufgrund pornografischer Inhalte von YouTube gelöscht, im Fernsehen aber gezeigt wurde, sowie mit einer „iDemo“ Aufmerksamkeit. Bei dieser Art von Demo konnten nach Aussage von Sonnenborn die Bürger selbst entscheiden, wofür oder wogegen sie demonstrieren wollen. Auf einer Webseite konnte jeder Forderungen und Wahlslogans eintragen, die dann auf diversen Tablets bei einer Demonstration in Berlin vor dem Brandenburger Tor gezeigt wurden. Am Ende waren es nach Angaben der PARTEI über 25 000 Botschaften.<sup>f<sup>37</sup></sup>

Bis auf solche amüsanten Randerscheinungen war der Online-Wahlkampf 2013 insgesamt aber wenig innovativ und geprägt vor allem von nicht ergriffenen Chancen, das Internet als Kommunikationskanal für einen echten Dialog mit den Wählern zu nutzen.

<sup>f<sup>34</sup></sup> <http://udeholdingthings.tumblr.com> (16. 10. 2013).

<sup>f<sup>35</sup></sup> <http://gutgemachtfdp.tumblr.com> (16. 10. 2013).

<sup>f<sup>36</sup></sup> <http://wirstellendasmalinfrage.tumblr.com> (16. 10. 2013).

<sup>f<sup>37</sup></sup> Vgl. Imke Schröder, „Die Grünen sind die FDP des dummen Mannes“. Martin Sonnenborn im Interview, 27. 9. 2013, [www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Die-Partei-Vorsitzender-Martin-Sonnenborn-im-Interview-ueber-die-Wahl](http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Die-Partei-Vorsitzender-Martin-Sonnenborn-im-Interview-ueber-die-Wahl) (30. 9. 2013).

Armin Schäfer

# Wahlbeteiligung und Nichtwähler

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 waren die Nichtwählerinnen und Nichtwähler in aller Munde. Mehrere politische Stiftungen legten Nichtwählerstudien vor, und in den Zeitungen wurde über das Für und Wider der Nichtwahl diskutiert. Angeheizt wurde die Debatte durch Intellektuelle, die öffentlich erklärten, diesmal

**Armin Schäfer**

Dr. rer. pol., geb. 1975; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Paulstraße 3, 50676 Köln. [as@mpifg.de](mailto:as@mpifg.de)

nicht wählen zu wollen. So schrieb der Sozialpsychologe Harald Welzer im „Spiegel“, er könne nicht mehr das kleinere Übel wählen, weil sich die Parteien nicht nennenswert in ihrer Ignoranz drängender Zukunftsfragen unterschieden.<sup>f<sup>1</sup></sup> Mit ähnlichen Argumenten deklarierte der Fernsehphilosoph Richard David Precht „die Wahl zwischen Wählen und Nichtwählen“ als unwichtig.<sup>f<sup>2</sup></sup> Und der heutige „Handelsblatt“-Chefredakteur Gabor Steingart hatte schon vor vier Jahren aus Unmut über die „Erschlaffung“ der deutschen Demokratie den Parteien die Gefolgschaft gekündigt und beschlossen, nicht mehr wählen zu gehen.<sup>f<sup>3</sup></sup> In Reaktion auf diese Bekenntnisse warnte der „Spiegel“, die „politikverachtende Haltung“ von Intellektuellen und Prominenten gefährde die Demokratie.<sup>f<sup>4</sup></sup>

Daneben wurde vor der Bundestagswahl ausführlich über wissenschaftliche Erkenntnisse berichtet, die verdeutlichen, wie irreführend es ist, sozial privilegierte und politisch besonders interessierte Gruppen als typische Nichtwählerinnen und Nichtwähler anzusehen. Insbesondere eine Studie der Bertelsmann-Stiftung wies darauf hin, wie groß die Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen Hoch- und Niedriggebildeten oder Armen und Reichen sind.<sup>f<sup>5</sup></sup> Und der „Spiegel“ hob in einem Vergleich von Halle an der Saale und Essen hervor, dass sich Nichtwählerhochburgen in beiden Städten in armen Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit fänden, in denen viele Bürgerinnen und Bür-

ger von der Politik keine Veränderung mehr erwarteten.<sup>6</sup> Obwohl es Nichtwähler in allen Schichten gibt, liegt die Wahrscheinlichkeit sozial Benachteiligter deutlich höher, der Wahlurne fernzubleiben.<sup>7</sup> In vieler Hinsicht sind Welzer, Precht und Steingart das Gegenteil typischer Nichtwähler, wie im Folgenden gezeigt wird.

## Entwicklung der Wahlbeteiligung von 1949 bis 2013 in Deutschland

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Nichtwählern folgt Konjunkturen, die mit der Entwicklung der Wahlbeteiligung verbunden sind. Nachdem 1990 bei der ersten gesamtdeutschen Wahl die Zahl der Nichtwähler massiv angestiegen war, entstand in der Folge eine Reihe von Arbeiten, die die Wahlenthaltung untersuchten.<sup>8</sup> Darin wurde debattiert, wie der Rückgang der Wahlbeteiligung zu bewerten sei. Einige Autoren mahnten, dass Wahlen die Regierenden nicht länger ausreichend legitimierten. So nannte Ursula Feist die Hamburger Bürgerschaftswahl von

1991 als abschreckendes Beispiel, bei der ein Drittel der Wahlberechtigten nicht teilnahm. Für sie stand „die Legitimation der neu gewählten Bürgerschaft auf denkbar schwachen Füßen“.<sup>9</sup> Dem hielten Andere entgegen, dass auch eine hohe Wahlbeteiligung der Demokratie schaden könne. Denn bei den letzten Wahlen der Weimarer Republik sei die Wahlbeteiligung nicht zuletzt deshalb angestiegen, weil die NSDAP viele ehemalige Nichtwähler mobilisieren konnte. Die rückläufige Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik ab 1980 sei deshalb in einem doppelten Sinn als Normalisierung zu werten: Zum einen falle die deutsche Wahlbeteiligung auf ein im internationalen Vergleich „normales“ Niveau, und zum anderen drücke sich darin die Emanzipation der Bürger aus, die nicht länger nur aus staatsbürgerlichem Pflichtgefühl wählten, sondern stattdessen bewusst abwogen, ob die Stimmabgabe nötig ist.<sup>10</sup> Nicht die heutige, sondern die extrem hohe Wahlbeteiligung der 1970er Jahre erschien aus dieser Sicht als Abweichung vom Normalmaß.

*Abbildung 1* zeigt die durchschnittliche Wahlbeteiligung in den Bundesländern für alle Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen zwischen 1946 und 2013. Zwei Trends sind erkennbar. Erstens wählen mehr Menschen bei Bundestagswahlen als bei Landtags- oder Kommunalwahlen, die als weniger wichtig eingestuft werden. Zweitens liegt die Beteiligung bei allen Wahlarten heute niedriger als in früheren Jahrzehnten. Besonders stark fällt der Rückgang bei Kommunalwahlen aus, an denen zwischen 1950 und 1980 mehr als 70 Prozent der Wahlberechtigten teilnahmen, während heute auf kommunaler Ebene nur noch jeder Zweite wählt. Die durchschnittliche Beteiligung liegt für Landtagswahlen inzwischen bei 61 Prozent, die Anfang der 1990er Jahre als alarmierend niedrig wahrgenommene Hamburger Wahlbeteiligung lag somit über dem heutigen Durchschnitt. Der Trend einer rückläufigen Wahlbeteiligung hat sich seit den 1980er Jahren verstärkt. Zwar gibt es situative Faktoren, die zu Ausschlägen nach oben oder

<sup>6</sup> Vgl. Harald Welzer, Das Ende des kleineren Übels, in: Der Spiegel, Nr. 22 vom 27.5.2013, S. 122 f.

<sup>7</sup> Zit. nach: Die Qual der Wahl, in: Die Zeit, Nr. 37 vom 5.9.2013, S. 43 ff.

<sup>8</sup> Vgl. Gabor Steingart, Die Machtfrage. Ansichten eines Nichtwählers, München 2009, S. 181.

<sup>9</sup> Die Schamlosen, in: Der Spiegel, Nr. 38 vom 16.9.2013, S. 20 ff.

<sup>10</sup> Vgl. Thomas Petersen et al., Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013, Gütersloh 2013.

<sup>6</sup> Vgl. Die Abgehängten, in: Der Spiegel, Nr. 38 vom 16.9.2013, S. 28 f.

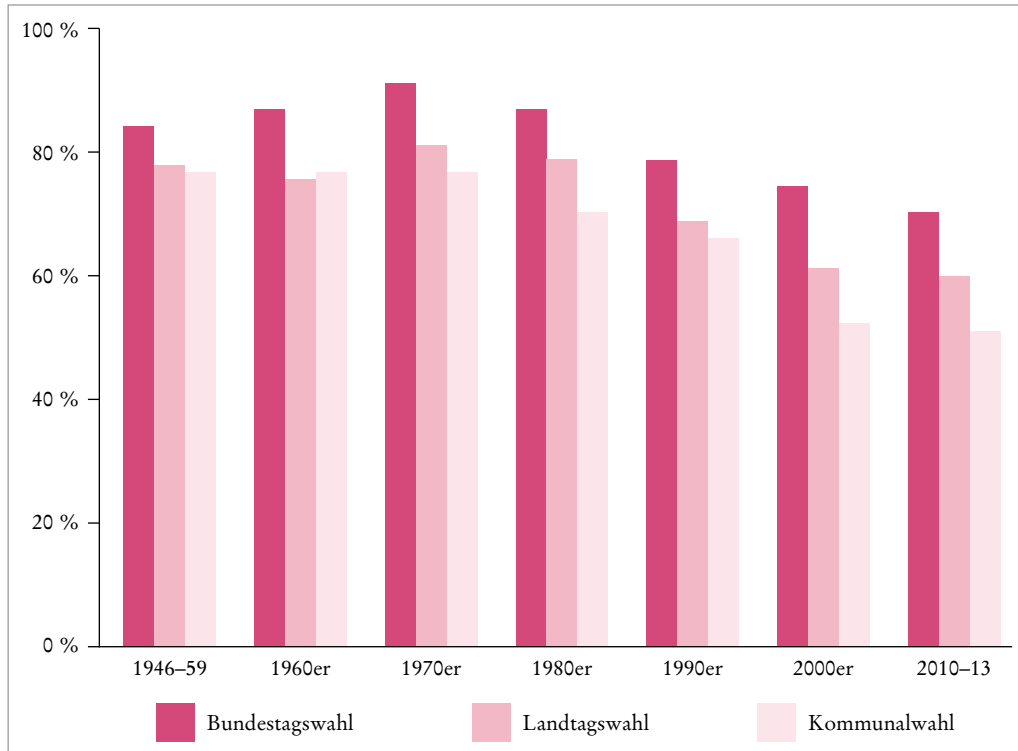
<sup>7</sup> Vgl. Armin Schäfer, Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie?, in: Evelyn Bytze/Sigrid Roßteutscher (Hrsg.), Der unbekanntere Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen, Frankfurt/M. 2011; Wolfgang Merkel/Alexander Petring, Politische Partizipation und demokratische Inklusion, in: Tobias Mörschel/Christian Krell (Hrsg.), Demokratie in Deutschland, Wiesbaden 2012.

<sup>8</sup> Vgl. Thomas Kleinhenz, Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1995; Michael Eilfort, Die Nichtwähler: Wahlenthaltung als Form des Wählerverhaltens, Paderborn 1994; Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann, Der Nichtwähler – das unbekanntere Wesen, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.), Wähler und Nichtwähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990, Opladen 1994.

<sup>9</sup> Ursula Feist, Niedrige Wahlbeteiligung – Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland?, in: Karl Starzacher et al. (Hrsg.), Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?, Köln 1992, S. 40–57, hier: S. 51.

<sup>10</sup> Vgl. Dieter Roth, Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom, in: K. Starzacher et al. (Anm. 9), S. 58–68, hier: S. 66.

Abbildung 1: Entwicklung der Wahlbeteiligung in Deutschland zwischen 1946 und 2013



Quelle: [www.mpifg.de/projects/demokratie/Wahlbeteiligung.asp](http://www.mpifg.de/projects/demokratie/Wahlbeteiligung.asp) (12. 11. 2013)

unten führen können, diese verändern den allgemeinen Trend aber nicht: In keinem Bundesland und bei keiner Wahl wird heute das Beteiligungsniveau früherer Jahrzehnte erreicht. Von einer „Normalisierung“ lässt sich also nicht sprechen, weil das Beteiligungsniveau heute nicht nur unter dem der 1970er Jahre liegt, sondern niedriger als jemals zuvor.

Der Rückgang der Wahlbeteiligung ist auch deshalb bemerkenswert, weil Deutschland ein im internationalen Vergleich beteiligungsfreundliches Wahlsystem hat. Die Registrierung der Wahlberechtigten erfolgt automatisch, Briefwahl ist unkompliziert möglich, Wahlen finden sonntags statt und das Verhältniswahlrecht führt zu wenigen verlorenen Stimmen, während das Parteiensystem nicht so fragmentiert ist, dass Koalitionen aus fünf oder mehr Parteien notwendig sind.<sup>11</sup> Einzig die Fünfprozenthürde, die bei der Bun-

<sup>11</sup> Diese Faktoren erhöhen tendenziell die Wahlbeteiligung. Siehe Benny Geys, Explaining Voter Turnout: A Review of Aggregate-Level Research, in: Electoral Studies, 25 (2006) 4, S. 637–663.

destagswahl 2013 dazu führte, dass mehr als 15 Prozent der abgegebenen Stimmen für die Zusammensetzung des Bundestags folgenlos blieben, könnte potenzielle Wählerinnen und Wähler kleiner Parteien von der Wahlteilnahme abhalten. Diese Rahmenbedingungen sind weitgehend unverändert geblieben und deshalb weniger gut geeignet, den Rückgang der Wahlbeteiligung zu erklären. Stattdessen muss die Ursache im Einstellungswandel oder in sozialen Veränderungen wie etwa wachsender Ungleichheit liegen.

## Soziale Logik der Nichtwahl

In der Forschung werden vier Typen von Nichtwählern unterschieden.<sup>12</sup> Erstens gibt es die „unechten Nichtwähler“, die beispiels-

<sup>12</sup> Vgl. Birgit Hoffmann-Jaberg/Dieter Roth, Die Nichtwähler. Politische Normalität oder wachsende Distanz zu den Parteien?, in: Wilhelm Bürklin/Dieter Roth (Hrsg.), Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?, Köln 1994, S. 132–159, hier: S. 137f.

weise wegen eines Umzugs oder eines Auslandsaufenthalts keine Wahlbenachrichtigung erhalten haben. In diese Kategorie fallen auch Verstorbene, die noch in den Wählerverzeichnissen stehen, sowie durch Krankheit verhinderte Wahlberechtigte. Eine zweite Gruppe sind „grundsätzliche Nichtwähler“, die sich einerseits aus sogenannten politikfernen, sozial schlecht integrierten Randgruppen rekrutieren und zu denen andererseits Minderheiten wie die Zeugen Jehovas zählen, die das Wählen aus religiösen Gründen ablehnen. Als dritte und größte Gruppe lassen sich „konjunkturelle Nichtwähler“ identifizieren, die sich situativ entscheiden, ob sie ihre Stimme abgeben. Das sind beispielsweise Menschen, die zwar bei Bundestagswahlen, nicht aber bei Kommunal- oder Europawahlen wählen. Ob sie ihre Stimme abgeben, hängt davon ab, wie wichtig ihnen die Wahl erscheint. Schließlich kennt die Forschung „bekenkende Nichtwähler“, die politisch interessiert sind, aber aus Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik, den Parteien oder mit der Funktionsweise der Demokratie auf die Stimmabgabe verzichten. Zu dieser Gruppe zählen die oben genannten Protestnichtwähler. Allerdings spricht empirisch sehr wenig dafür, dass die „bekennden Nichtwähler“ mehr als eine kleine Minderheit unter den Nichtwählern ausmachen.<sup>13</sup>

Um das Verhalten der Nichtwähler zu erklären, konkurrieren in der Wahlforschung zwei Ansätze. Zum einen gibt es den „sozialpsychologischen“ Ansatz, der untersucht, welche Einstellungen die Wahlteilnahme fördern. Zentrale Faktoren, die von Angus Campbell und Kollegen in Michigan als prägend für das Wahlverhalten identifiziert wurden, sind die Parteiidentifikation, das politische Interesse, die Zuversicht, politisch etwas bewirken zu können, sowie die Akzeptanz der Wahlnorm.<sup>14</sup> Daneben besteht der „soziologische“ Ansatz, der durch die Arbeiten von Paul Lazarsfeld und seinen Kollegen an der Columbia-Universität geprägt wurde.<sup>15</sup>

<sup>13</sup> Vgl. Oscar W. Gabriel/Kerstin Völkl, Auf der Suche nach dem Nichtwähler neuen Typs, in: Frank Brettschneider/Jan van Deth/Edeltraud Roller (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes, Wiesbaden 2004, S. 214.

<sup>14</sup> Vgl. Angus Campbell et al., *The American Voter*, New York 1960.

<sup>15</sup> Vgl. Paul F. Lazarsfeld/Bernard Berelson/Hazell Gaudet, *Wahlen und Wähler. Soziologie des Wahlverhaltens*, Berlin 1969.

Im Zentrum dieser Forschungstradition steht die Frage, wie durch Gruppenzugehörigkeit und soziale Kontakte politische Präferenzen entstehen. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich Menschen in sozial relativ homogenen Netzwerken bewegen und durch die dort vorherrschenden Normen geprägt werden. Obwohl beide Schulen unterschiedliche Schwerpunkte setzen, gibt es Überschneidungen. Beispielsweise zeigen Campbell et al., dass politische Einstellungen durch das persönliche Nahumfeld geprägt werden.<sup>16</sup>

Besonderes Augenmerk legt der soziologische Ansatz darauf, wie sich Einstellungen innerhalb von Gruppen herausbilden. Homogene Netzwerke verstärken die eigene Meinung, während Netzwerke, in denen widerstreitende Normen herrschen, zur Verunsicherung führen können. Statusähnlichkeit erhöht die Wahrscheinlichkeit, Teil desselben Netzwerks zu sein. Wer selbst eine geringe Wahlneigung hat, wird auch in der Familie und im Freundeskreis, unter Bekannten und im Wohnviertel häufiger auf Andere treffen, die zur Nichtwahl neigen.<sup>17</sup> Nichtwählerinnen und Nichtwähler sprechen häufig mit Anderen über Politik, die auch nicht wählen wollen, während für Wählerinnen und Wähler das Gegenteil gilt.<sup>18</sup> Persönliche Netzwerke verstärken die bereits vorhandene Wahl- und Nichtwahlneigung, sodass eine „soziale Logik“ politischen Handelns greift.<sup>19</sup>

## Wer die Nichtwähler sind

Wissenschaftliche Aussagen über Nichtwählerinnen und Nichtwähler zu treffen, ist schwierig, denn die beiden am häufigsten verwendeten Forschungsstrategien weisen jeweils unterschiedliche Schwächen auf. Die

<sup>16</sup> Angus Campbell/Gerald Gurin/Warren E. Miller, *The Voter Decides*, Westport 1971, Anhang C.

<sup>17</sup> Thomas Kleinhenz, Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, *Op-laden* 1995, S. 187.

<sup>18</sup> Vgl. Julia Partheymüller/Rüdiger Schmitt-Beck, A „Social Logic“ of Demobilization: The Influence of Political Discussants on Electoral Participation at the 2009 German Federal Election, in: *Journal of Elections, Public Opinion & Parties*, 22 (2012) 4, S. 457–478.

<sup>19</sup> Alan S. Zuckerman, The Social Logic of Political Choice: Picking a Political Party in the Context of Immediate Social Circles, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 48 (2007) 4, S. 633–649.

erste Vorgehensweise besteht darin, Umfragen auszuwerten, um Auskunft darüber zu erhalten, wer nicht wählt und warum dies so ist. Dabei kann entweder die Wahlabsicht oder die Stimmabgabe bei einer zurückliegenden Wahl erfragt werden. Da jedoch die Teilnahme an Wahlen als wünschenswert angesehen wird, liegt der Anteil der selbsterklärten Wähler in Umfragen fast immer über der tatsächlichen Wählerzahl. Vielen Bürgerinnen und Bürgern fällt es weiterhin schwer, sich offen zur Nichtwahl zu bekennen, wodurch Nichtwähler in Umfragen schwer zu identifizieren sind. Daneben existiert ein zweites Problem, das sich womöglich über die Zeit verschärft hat. Ähnlich wie bei anderen Formen politischen Engagements nehmen an Umfragen zu politischen Themen eher diejenigen teil, die über mehr Ressourcen wie Bildung oder Einkommen verfügen und sich für Politik interessieren. Selbst in einer auf Zufallsauswahl beruhenden Befragung können am Ende besonders politikferne Gruppen unterrepräsentiert sein – und gerade unter ihnen finden sich wahrscheinlich viele Nichtwähler. Im Ergebnis könnten Umfragen zwar Erkenntnisse über „bekennende“, weit weniger jedoch über „dauerhafte“ und Teile der „konjunkturellen“ Nichtwählerinnen und Nichtwähler liefern.

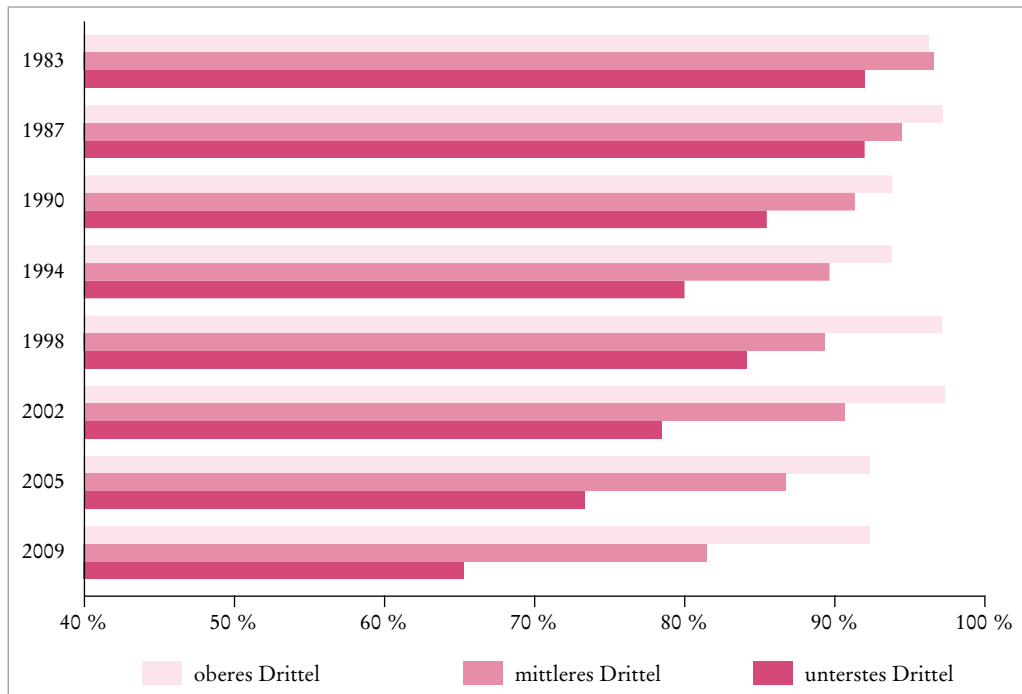
Die zweite Forschungsstrategie kennt diese Probleme nicht, denn in ihr werden offizielle Daten zur Wahlbeteiligung auf räumlicher Ebene ausgewertet. Dies können beispielsweise Bundesländer, Wahlkreise oder Stadtteile sein. Indem neben der offiziellen Wahlbeteiligung weitere Informationen über die Analyseeinheiten zusammengetragen werden, lassen sich etwa Zusammenhänge zwischen der Bevölkerungszusammensetzung, wirtschaftlichen Indikatoren und der Wahlbeteiligung herstellen. Der Vorteil dieser Vorgehensweise ist, dass Fehlaukünfte oder mangelnde Repräsentativität ausgeschlossen werden können. Allerdings, und dies ist der Nachteil, können weder die Nichtwähler eindeutig identifiziert noch ihre Motive ermittelt werden. Alleine aus der Beobachtung, dass in Wahlkreisen mit höherer Arbeitslosigkeit die Wahlbeteiligung niedriger ausfällt, lässt sich nicht schließen, Arbeitslose wählten seltener als andere Gruppen. Doch trotz dieser methodischen Schwierigkeiten entsteht ein aufschlussreiches Bild der Nichtwählerschaft, wenn beide Analysemethoden kombiniert werden.

Seit Langem ist bekannt, dass das Lebensalter die politische Partizipationsbereitschaft und die Beteiligung an Wahlen beeinflusst. Jüngere Menschen wählen seltener als ältere. Typischerweise verläuft das Wahlverhalten im Lebenszyklus s-förmig: Erstwähler nehmen das neu erhaltene Wahlrecht relativ häufig in Anspruch, doch bei der zweiten und dritten Wahl – also mit Mitte 20 – sinkt die Beteiligungsrate ab. Die Ursache liegt in der familiären Situation und in der höheren räumlichen Mobilität während der Ausbildungsphase.<sup>120</sup> Ab Anfang 30 ändert sich dies und die Wahlbereitschaft steigt an. Dieser Prozess setzt sich bis ins siebte Lebensjahrzehnt fort und fällt erst bei den Über-70-Jährigen wieder ab. Die höchste Wahlbeteiligung weisen demnach die Altersgruppen zwischen 40 und 70 Jahren auf. Neben diesem allgemeinen Muster zeigen sich jedoch deutliche Beteiligungsunterschiede innerhalb einzelner Altersgruppen. Nicht einmal jeder zweite Unter-30-Jährige, der höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügt, gab an, bei der Bundestagswahl 2009 gewählt zu haben. Dagegen reklamierten dies mehr als 80 Prozent derselben Altersgruppe mit mindestens Fachhochschulreife für sich. Bei den heute Älteren finden sich derart große Wahlbeteiligungsunterschiede nicht, weshalb anzunehmen ist, dass die Wahlbeteiligung in Zukunft weiter sinken und sich zunehmend nach der sozialen Schichtung entwickeln wird.

Schon immer bestanden Unterschiede in der Wahlbeteiligung. Sozial Bessergestellte, die über mehr Ressourcen wie Bildung und Einkommen verfügen, nehmen in größerer Zahl an Wahlen teil als sozial Benachteiligte. Doch die Beteiligungsunterschiede zwischen diesen Gruppen sind nicht gleich geblieben, sondern haben deutlich zugenommen. In *Abbildung 2* wird gezeigt, wie sich die Wahlbeteiligung zwischen 1983 und 2009 entwickelt hat. Für jedes Jahr wurden die Befragten nach der Höhe des Haushaltseinkommens in drei gleichgroße Gruppen eingeteilt, wodurch die Wahlbeteiligungsraten des ärmsten Drittels mit denen des mittleren und obersten Drittels verglichen werden können. Dies hat im Unterschied zur Betrachtung von Bildungsgruppen den Vorteil, dass sich die Grup-

<sup>120</sup> Vgl. Michael Eilfort, *Die Nichtwähler: Wahlenthaltung als Form des Wählerverhaltens*, Paderborn 1994, S. 193 f.

Abbildung 2: Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen nach Einkommensgruppen, 1983–2009



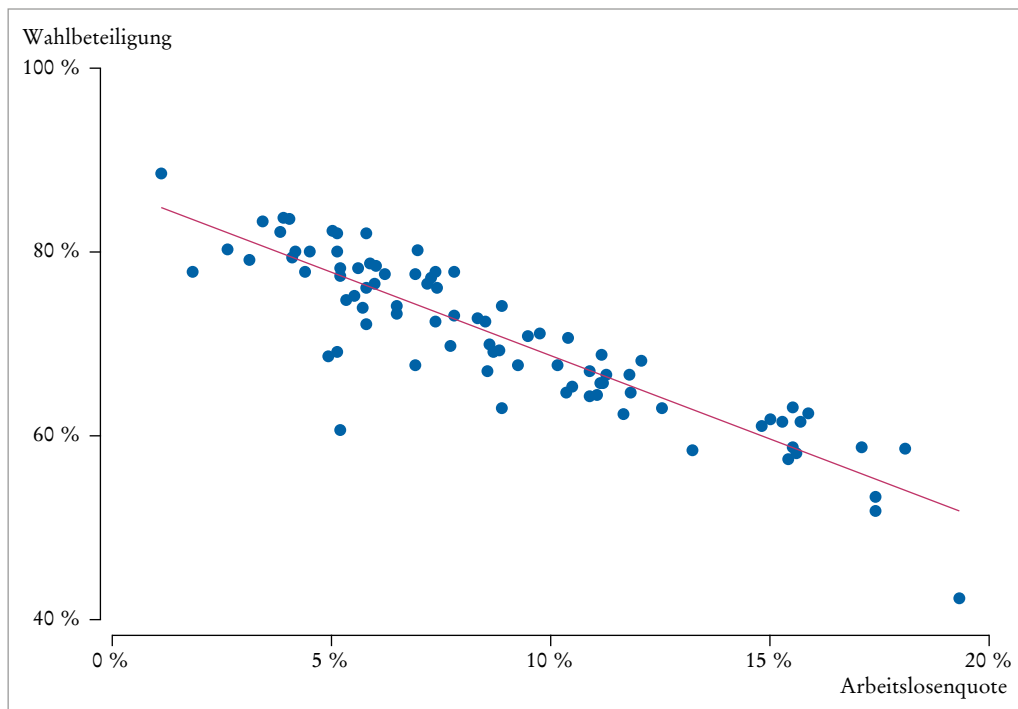
Quelle: ALLBUS 1980–2012

pengröße mit der Zeit nicht verändert. Jeder Balken in der Abbildung steht für den Anteil der Befragten, der angibt, bei der jeweils letzten Bundestagswahl gewählt zu haben. Aufgrund der bereits genannten Probleme, Nichtwähler in Umfragen korrekt zu erfassen, liegen die Werte über der tatsächlichen Wahlbeteiligung. Dennoch belegt der Gruppenvergleich einen eindeutigen Trend: Die Beteiligungsunterschiede zwischen Gruppen mit unterdurchschnittlichem und überdurchschnittlichem Einkommen werden im Zeitverlauf größer. Während bei der Bundestagswahl 1983 nur vier Prozentpunkte das oberste vom untersten Drittel trennten, waren es 2009 26 Prozentpunkte. Der Rückgang der Wahlbeteiligung vollzieht sich fast vollständig am unteren Ende der Einkommensverteilung, denn mehr als 90 Prozent des obersten Drittels gaben durchweg an, gewählt zu haben. Beim mittleren Einkommensdrittel sinkt die Wahlbeteiligung ebenfalls, jedoch weniger stark als beim untersten. Dasselbe Bild zeigt sich, wenn statt des Einkommens Bildungsgruppen oder Schichten miteinander verglichen werden: Mit dem Rückgang der Wahlbeteiligung vergrößern sich die Beteiligungsunterschiede.

Nun ist es denkbar, dass der durch Umfragen ermittelte Befund einer sozialen Spreizung der Wahlbeteiligung durch Unterschiede in der Akzeptanz der Wahlnorm erklärt wird. Falls die Ressourcenreichen in höherem Maße glauben, es sei Bürgerpflicht zu wählen, könnten die Beteiligungsunterschiede darauf zurückgehen, dass gerade diese Gruppe in Umfragen die Nichtwahl nicht eingestehen will. In diesem Fall wären die tatsächlichen Unterschiede in der Wahlbeteiligung von Arm und Reich geringer, als es Umfragen nahelegen.

Um zu klären, ob die bisherigen Befunde stimmen, kann nun auf die zweite Analysestrategie zurückgegriffen werden, die räumliche Muster der Nichtwahl untersucht. Gäbe es keine großen sozialen Unterschiede in der Wahlteilnahme, sollten sich die Nichtwähler relativ gleichmäßig über arme und wohlhabende Stadtteile verteilen. Doch genau das Gegenteil trifft zu: Je ärmer ein Stadtteil ist, desto weniger Wahlberechtigte wählen dort, wie *Abbildung 3* am Beispiel Kölns verdeutlicht. Jeder Punkt in der Grafik steht für einen Kölner Stadtteil. Auf der horizontalen Achse ist als Indikator für die soziale Lage

Abbildung 3: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 in den Kölner Stadtteilen



Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik Köln

in den Stadtteilen die Arbeitslosenquote abgetragen und auf der vertikalen Achse die Wahlbeteiligung. Der Grafik lässt sich entnehmen, dass in Stadtteilen mit hoher Arbeitslosenquote sehr viel weniger Wahlberechtigte von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen. Während im reichsten Kölner Stadtteil Hahnwald die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 bei 88 Prozent lag, fiel sie im armen Chorweiler mit 44 Prozent nur halb so hoch aus. Da in Stadtteilen mit niedriger Wahlbeteiligung zudem ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Einwohner nicht wahlberechtigt ist, fallen gemessen an der Wohnbevölkerung die Unterschiede in der Beteiligung noch größer aus, als es aus der Abbildung ersichtlich wird.

Wie stark der Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Wahlbeteiligung ist, wird dadurch deutlich, wie dicht in der Abbildung die Punkte an der Geraden liegen. Der Korrelationskoeffizient, der die Stärke des Zusammenhangs misst, liegt bei einem für die Sozialwissenschaften ungewöhnlich hohen Wert von 0,89. Wer also von zwei Stadtteilen die Arbeitslosenquote kennt, kann mit hoher Treffsicherheit vorhersagen, in welchem die

Wahlbeteiligung höher ausfällt. Die Arbeitslosenquote steht hierbei stellvertretend für eine Fülle anderer Indikatoren, wie etwa das Durchschnittseinkommen, der Anteil von Gymnasiasten unter Jugendlichen, der Migrantenanteil, aber auch das Durchschnittsalter von Frauen bei der Geburt des ersten Kindes, die Auskunft über die soziale Lage eines Stadtteils geben. Sie alle korrelieren hoch miteinander und hätten auch verwendet werden können.

Das Muster ungleicher Beteiligung ist keine Kölner Besonderheit, sondern tritt in allen deutschen Großstädten auf. In einer Untersuchung von 34 deutschen Großstädten konnten in allen Fällen große Wahlbeteiligungsunterschiede gezeigt werden, und falls die entsprechenden Informationen verfügbar waren, bestand ausnahmslos ein enger Zusammenhang zwischen der sozialen Lage einerseits und der Wahlbeteiligung andererseits.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Armin Schäfer, Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten, in: Politische Vierteljahresschrift, 53 (2012) 2, S. 240–264.

Auch innerhalb von Großstädten fiel die Beteiligung nie vollständig gleichmäßig aus, doch sind die Unterschiede heute sehr viel größer als in der Vergangenheit. In Bremen trennten 1972 zehn Prozentpunkte den Orts- teil mit der höchsten von dem mit der niedrigsten Wahlbeteiligung. Seitdem hat sich dieser Unterschied schrittweise auf 35 Prozentpunkte erhöht. Auch heute gibt es noch wohlhabende Viertel, in denen neun von zehn Wahlberechtigten wählen, während dies nur noch auf die Hälfte der Wahlberechtigten in armen Vierteln zutrifft.

## Fazit

In der öffentlichen Wahrnehmung sind die Nichtwähler in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, dass sich Prominente und Intellektuelle als Nichtwähler outen. Dennoch trägt er. Zwar finden sich in der wachsenden Gruppe von Nichtwählern Menschen aller sozialen Schichten. Aber daraus zu schließen, dass sich die Wahlverweigerer gleichmäßig über die Gesellschaft verteilen, führt in die Irre. Denn die Wahrscheinlichkeit, nicht wählen zu gehen, unterscheidet sich systematisch nach Schichtzugehörigkeit, Einkommen und Bildung. Die Nichtwähler bilden keinen Querschnitt der Bevölkerung, auch wenn dieses Bild manchmal vermittelt wird. Die Gründe für eine im Vergleich zu den bessergestellten Gruppen niedrigere Wahlbeteiligung der sozial Schwachen liegen im geringeren politischen Interesse, einer schwächeren Parteibindung, dem mangelnden Zutrauen in eigene Kompetenzen und dem fehlenden Glauben daran, durch politisches Engagement etwas zu bewirken, sowie in der weniger ausgeprägten gefühlten Verpflichtung, wählen zu müssen. Einstellungen, mit denen die Bereitschaft steigt, an Wahlen teilzunehmen, sind gerade bei den Ressourcenarmen geringer ausgeprägt.

Diese Muster werfen die Frage auf, weshalb diese Unterschiede heute stärker als in der Vergangenheit ausgeprägt sind. Um dies zu erklären, muss die soziale Logik politischer Partizipation beachtet werden, denn Politikferne und Nichtwahlneigung werden durch den Kontakt zu anderen Nichtwählern verstärkt. Die Wahrscheinlichkeit, im Nahumfeld mit anderen Nichtwählern konfrontiert

zu sein, fällt in städtischen „Problemgebieten“ sehr viel höher aus als in Vierteln, die von Armut und Arbeitslosigkeit weitgehend verschont geblieben sind. In armen Stadtteilen wählen sehr viel weniger Wahlberechtigte als in wohlhabenden, und diese Unterschiede haben über die Zeit deutlich zugenommen. In Städten wie Hamburg oder Köln gibt es Stadtteile, bei denen selbst bei Bundestagswahlen die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent liegt.

Vor der Bundestagswahl wurde viel über Nichtwählerinnen und Nichtwähler diskutiert. Doch obwohl die Wahlbeteiligung die zweitniedrigste in der Geschichte der Bundesrepublik war und mehr als 17 Millionen Wahlberechtigte sich der Stimmabgabe verweigerten, versiegte diese Diskussion am Wahlabend. Für die Demokratie besteht die Gefahr einer niedrigen und sozial ungleichen Wahlbeteiligung darin, dass die Politik sich an den sozial Bessergestellten orientieren könnte, die nicht nur weiterhin wählen, sondern auch andere Wege nutzen, ihre Anliegen zur Sprache zu bringen, während sozial Benachteiligte weder das Eine noch das Andere in gleichem Umfang tun.<sup>12</sup> Aus Sicht der politikwissenschaftlichen Forschung spricht nichts dafür, dass die Wahlabstinenz eine effektive Art ist, politisch an Einfluss zu gewinnen. Im Gegenteil, Studien zeigen, dass sich die Politik im Konfliktfall an den Interessen der Gruppen orientiert, die mit großer Wahrscheinlichkeit auch an der nächsten Wahl wieder teilnehmen werden.

<sup>12</sup> Vgl. Sebastian Bödeker, Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft, Frankfurt/M. 2012.